



Protokoll

1. Sitzung des Stadtparlaments vom 12. März 2020

Ort	Rathausaal Weinfelden	
Vorsitz	Parlamentspräsidentin Alexandra Beck (CVP)	
Protokoll	Stadtschreiber Reto Marty	
Zeit	19:00 Uhr bis 20:05 Uhr	
Appell	Stadtparlament	Stadtrat
Anwesend	26	7
Entschuldigt	4	-

- Traktandenliste**
- 1 Genehmigung der Traktandenliste
 - 2 Walkestrasse, Sanierung mit Neubau Rad-/Gehweg, Kredit über 760'000 Franken
 - 2.1 Eintreten
 - 2.2 Detailberatung
 - 2.3 Beschlussfassung
 - 3 Beantwortung Interpellation Energie- und Klimastrategie der Stadt Weinfelden
 - 3.1 Beantwortung
 - 3.2 Stellungnahme der Interpellanten
 - 3.3 Diskussion
 - 4 Verschiedenes
 - 4.1 Eingänge
 - 4.2 Mündliche Anfrage «Stand und Planung Erschliessung Gütti / Vivala an Wärmenetz KVA»
 - 4.3 Mündliche Anfrage «Sanierung Parkplatz Thurgauerhof»
 - 4.4 Informationen Coronavirus
 - 4.5 Informationsabende für die Mitglieder des Stadtparlaments
 - 4.6 Rücktritte aus dem Stadtparlament

Parlamentspräsidentin Alexandra Beck (CVP) begrüsst die Anwesenden: „Geschätzte Parlamentskolleginnen und -kollegen, geschätzte Mitglieder des Stadtrats, liebe Gäste auf der Tribüne. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung. Schon lange wurde nicht mehr so viel in Weinfelden über ein Thema diskutiert, wie über den Ortsbus. Am 9. Februar 2020 hat dann das Weinfelder Stimmvolk abgestimmt und sich nach wochenlangen teils sehr emotional geführten Diskussionen ganz klar gegen den Stadtbus entschieden. Damit stellt sich das Weinfelder Stimmvolk auch klar hinter den Stadtrat, der den Ortsbus nicht unterstützt hatte. Der Monat Februar ist von einem weiteren speziellen Ereignis geprägt worden: Nach 33 Jahren haben sich Olivia und Jürg Langer aus dem Gasthaus Trauben verabschiedet. Manch politische Verarbeitung hat im Anschluss an eine Parlamentssitzung dort im Gasthaus Trauben stattgefunden – wir sind immer willkommen gewesen und darum sage ich diesen beiden auch an dieser Stelle nochmals vielen herzlichen Dank. Gespannt erwarten wir, bis das Gasthaus im 2021 wieder seine Türen öffnet und wir wieder am roten Tisch Platz nehmen können.

Kaum ist die emotional geführte Busdiskussion zu Ende, folgt eine noch viel emotionalere Diskussion zum Thema Coronavirus. Doch im Gegensatz zum Ortsbus findet dieses Thema nicht nur kommunal, sondern viel mehr kantonal, national, nein sogar international statt. Ich bin dankbar, dass wir diese Parlamentssitzung heute überhaupt abhalten können. In Anbetracht der aktuell sehr herausfordernden Situation, in welcher sich die Schweiz und auch andere Länder befinden, haben sich der Stadtpräsident, der Stadtschreiber und ich sehr intensiv über die Durchführung dieser Sitzung unterhalten. Der Entscheid diese Sitzung über die Durchführung ist uns nicht einfach gefallen. Als aktuelle Stadtparlamentspräsidentin habe ich heute am frühen Nachmittag dann den Entscheid diese Parlamentssitzung durchzuführen aus folgenden Gründen gefällt:

- Der „Normalzustand“ des alltäglichen Lebens soll so lange wie möglich aufrechterhalten werden.
- Die hier Anwesenden (Stadträte, Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier) verfügen über ein ausgezeichnetes Netzwerk in unserer Gesellschaft. Sie sind Wissensträger, die Informationen weiter tragen können. Nach wie vor hat es Personen, welche die Vorsichtsmassnahmen ignorieren oder schlicht für unnötig halten. Umso wichtiger sind Sie als Wissensträger. Tragen Sie also folgende Informationen in ihr Netzwerk:
 - die aktuell für uns im Thurgau zwei wichtigsten Websites sind: www.bag.admin.ch und www.tg.ch
 - bitte halten Sie sich an die Verhaltensmassnahmen, die der Bund empfohlen hat
 - Hände gründlich waschen
 - Hände schütteln vermeiden
 - in Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen
 - bei Fieber und Husten zu Hause bleiben
 - nur nach telefonischer Anmeldung in Arztpraxis oder Notfallstation gehen
 - Abstand halten

Ich appelliere darum nochmals an Sie: Tragen sie diese Informationen in Ihre Netzwerke, informieren sie ihr Umfeld, gehen Sie vorbildlich voran. Im Vorfeld dieser Sitzung habe ich den Stadtrat gebeten, dass sich auch er zu dieser speziellen Situation mit dem Coronavirus äussern möge. Hans Eschenmoser wird dies unter dem Traktandum Verschiedenes machen. Ganz speziell begrüsse ich Anbetracht dieser speziellen Situation umso herzlicher die Gäste, die heute hier sind. Ich bitte sie, sich in der Anwesenheitsliste einzutragen. Jetzt wenden wir uns aber ab vom Coronavirus und vom Bus und befassen uns mit den Themen der heutigen Sitzung.

Ich erkläre die Sitzung hiermit für eröffnet und bitte den Parlamentssekretär um den Namensaufruf.“

1 Genehmigung der Traktandenliste

Parlamentspräsidentin: Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

2 Walkestrasse, Sanierung mit Neubau Rad-/Gehweg, Kredit über 760'000 Franken

2.1 Eintreten

Marcel Preiss (GLP): *Wir haben die Vorlage in der Fraktion eingehend geprüft. Wir waren nicht in allen Punkten gleicher Meinung. Es besteht aber klar Handlungsbedarf. Unsere Fraktion ist einstimmig für Eintreten.*

Susanna Brüscheiler (EVP): *Unsere Fraktionsgemeinschaft hat sich intensiv mit der Vorlage beschäftigt. Trotz der hohen Kosten sehen wir die Notwendigkeit der Sanierung und sind klar für Eintreten.*

Markus Schönholzer (FDP): *Der Sanierungsbedarf ist klar ausgewiesen. Auch die Verlängerung des Fuss- und Radwegs macht Sinn. Wir sind ebenfalls für Eintreten.*

Max Brunner (SVP): *Vielen Dank für die umfassende Botschaft. Das Projekt dient der Verbesserung der Infrastruktur bei den Rad- und Fusswegen. Auch für Schüler ergeben sich klare Vorteile. Die Walkestrasse ist in einem schlechten Zustand. Sie darf als Holperpiste bezeichnet werden. Das Projekt wurde von Roger Weber gut erklärt. Es besteht Handlungsbedarf. Wir sind ebenfalls für Eintreten.*

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Eintreten ist unbestritten.

2.2 Detailberatung

Marcel Preiss (GLP): *Das vorliegende Projekt Walkestrasse, Abschnitt Fabrikstrasse bis Zeiglistrasse, machte auf mich beim ersten Sichten der Planunterlagen einen guten Eindruck. Dass für diese Strasse ein dringender Handlungsbedarf angesagt ist, sieht man spätestens, wenn man vor Ort den heutigen Zustand begutachtet. Dass im gleichen Erneuern der Strasse ein zusätzlicher Rad- und Gehweg erstellt wird, erachte ich als dringend nötig. Wissen wir doch, dass diese Strasse vor allem auch von vielen Velofahrern genutzt wird. Es ist auch, wie in der Botschaft erwähnt wurde, ein wichtiger Schulweg für die Sekundarschüler von Bussnang, die nach Weinfeldern kommen. Mit diesem Projekt wird die Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmer erheblich gesteigert. Dies ist nötig, denn der Schwerverkehr auf diesem Strassenabschnitt wird mit Sicherheit nur zunehmen, spätestens, wenn die letzten freien Industrieparzellen an der Walkestrasse verbaut sind. Dank der kompetenten Auskunft von Roger Weber vom Bauamt konnten auch noch unsere letzten Bedenken geklärt werden. Warum nicht gleich die ebenso desolate Zelglistrasse sanieren? Es würde ja im gleichen Arbeitsgang möglich sein. Dabei seien noch seitens der Technischen Betriebe Abklärungen im Gange, was alles für Werkleitungen eingebaut werden sollen (Fernwärme, Gasleitungen). Das für mich einzig Störende an diesem Projekt ist die Tatsache, dass wir erneut beinahe 500 m² offenes Wiesland für immer asphaltieren. Dies ohne Kompensation in irgendeiner Form. Wir wissen alle, dass Asphalt erheblich zur Erderwärmung beiträgt. Darum bitte ich unseren Stadtrat im Gegenzug, ein paar Bäume zu pflanzen. Sei dies nun im Industriegebiet oder im Zentrum. Unserer Biodiversität würde es gut tun. Abschliessend möchte ich dem Parlament die Annahme des Projekts empfehlen.*

Reto Frei (GP): *Ich bin etwas anderer Meinung. Es handelt sich um meinen Arbeitsweg. Mit den veranschlagten 760'000 Franken kostet die Sanierung wirklich viel Geld. Es hat nicht so viele Lastwagen. Die Sanierung könnte auch noch nach hinten geschoben werden, bis fertig gebaut ist. Es vor allem als gute Lösung für den Langsamverkehr zu verkaufen, ist fast eine Frechheit. Die 650'000 würden besser an einem anderen Ort, zum Beispiel in den Fernwärmebau investiert werden.*

Stadtrat Daniel Engeli: *Vielen Dank für die positive Aufnahme des Geschäfts. Ich gehe nur ganz kurz auf den Sicherheitsaspekt ein. Die Verengung und das damit einhergehende Sicherheitsdefizit müssen beendet werden. Wir können es uns aus sicherheitstechnischen Überlegungen nicht leisten, mit der Sanierung noch länger zu warten.*

Die Diskussion wird nicht weiter verlangt.

2.3 Beschlussfassung

1. Der Kredit von Fr. 760'000.00 für die Sanierung der Walkestrasse mit Neubau Rad-/Gehweg wird mit 24:2 Stimmen genehmigt.

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Gemäss Artikel 31 Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage, gerechnet vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses, gegen den das Referendum ergriffen wird.

3 Beantwortung Interpellation Energie- und Klimastrategie der Stadt Weinfelden

3.1 Beantwortung

(Schriftliche, nicht vorgelesene Beantwortung)

«Am 12. September 2019 reichten Reto Frei (GP), Martin Müller (GP), Samuel Curau (JA), Peter Fretz (GLP) und Marcel Preiss (GLP) sowie fünf mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments Weinfelden eine Interpellation unter dem Titel «Energie- und Klimastrategie der Stadt Weinfelden» ein.

Einleitend erinnern die Interpellanten daran, dass Weinfelden seit 2008 Energiestadt sei und nun das Label «Energiestadt GOLD» anstrebe. Das Label sei nicht nur Auszeichnung, sondern auch Verpflichtung. Der auf den ersten Blick gute Leistungsausweis Weinfeldens führe aber bei genauerer Betrachtung zu grundsätzlichen Fragen bezüglich der Weinfelden Energie- und Klimapolitik.

Seit 2014 habe sich die Diskussion um den Klimawandel grundlegend geändert. Im Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015 haben sich praktisch alle Länder inklusive der Schweiz dazu verpflichtet, den durchschnittlichen Anstieg der Erdtemperatur deutlich unter 2 Grad, möglichst 1.5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten. Bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts müssen die weltweiten Treibhausgasemissionen daher Netto Null betragen. Netto Null bedeutet, dass CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energiequellen durch negative CO₂-Emissionen bzw. die Aktivierung von CO₂-Senken neutralisiert wird – netto also keine CO₂-Emissionen mehr.

Trotz dieser klaren Verpflichtungen fragen sich die Interpellanten, wo die Weinfelder Energie- und Klimapolitik stattdfinde. Nirgends sei ein Statement zur 2000 Watt-Gesellschaft bzw. zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu finden.

Damit Weinfelden in die 2000 Watt- bzw. klimaneutrale Gesellschaft geführt werden könne, brauche es viel weitergehende, schnell umsetzbare und vor allem handfeste Massnahmen. Es gehe darum, in der Energiepolitik Nägel mit Köpfen zu machen. Auf Grundlage dieser Informationen richten die Interpellanten folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Wie ist die Haltung des Stadtrates zum Paris-Abkommen, das Netto-Null-Treibhausgas-Emissionen per 2050 verlangt bzw. eine maximale Erderwärmung von 1.5° zum Ziel hat?
2. Wie ist die Haltung des Stadtrates zur Forderung der Klimastreikbewegung und auch des Gemeinderates der Stadt Zürich, von Netto-Null-Treibhausgas-Emissionen per 2030? Sind das auch Ziele für Weinfelden?
3. Wie sind die Ziele und der geplante Absenkpfad aus dem neuen Energierichtplan und ist der Stadtrat der Meinung, dass diese ausreichen, um dem Paris-Abkommen zu genügen?

4. Kann sich der Stadtrat vorstellen, in der Gemeindeordnung einen «Klima-Artikel» einzufügen und so den Bestrebungen gegen den Klimawandel mehr Nachdruck zu verleihen?
5. Was hat der Stadtrat seit dem Dezember 2015 zur Umsetzung des Paris-Abkommens unternommen?
6. Gibt es eine koordinierte Strategie für die schnelle Abkehr von fossilen Energieträgern (inkl. Erdgas) im Gebäudebereich (Erstellung und Betrieb)?
7. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Stadtrat im Bereich der Mobilität die Ziele des Paris-Abkommens zu unterstützen?
8. Ist der Stadtrat bereit, den Stand der energie- und klimapolitischen Fortschritte in Weinfelden zukünftig im Geschäftsbericht zu publizieren? Und die Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen zu informieren, sowie über die Massnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Der Stadtrat nimmt zu diesen Fragen wie folgt Stellung:

Vorbemerkungen

Es besteht Einigkeit mit den Interpellanten, dass sich die Diskussion zum Thema Klimawandel grundlegend verändert hat. Der Stadtrat hat im Laufe der letzten Legislaturen bezüglich Klimawandel, aber auch in Sachen Energie und Umweltverträglichkeit einiges verändert und durchaus eine Entwicklung durchgemacht. Ein Blick in die «Legislaturziele des Gemeinderates 2007 – 2011» zeigt: Darin ist lediglich eine allgemeine Aussage zum Thema Umweltschutz als Leitsatz enthalten. Im Bereich Hochbau ist das Ziel «Label Energiestadt» definiert und der Energierichtplan (von 2006) als Grundlage benannt. In den aktuellen Legislaturzielen des Stadtrates 2019 – 2023 hingegen findet sich ein eigenes Kapitel «Energie». Weitere Umweltthemen sind auch in anderen Kapiteln aufgeführt. Zudem wurde in dieser Zeit eine Energiekommission eingesetzt (2007), eine Energiestrategie ausgearbeitet (2011; aktualisiert 2015) und zahlreiche Einzelmassnahmen wurden umgesetzt, ermöglicht oder angestossen.

Es ist einzuräumen, dass der Stadtrat im Bereich Energie, Umwelt, Nachhaltigkeit oder Klimaschutz nicht immer von sich aus aktiv wurde. Zum einen setzte das Parlament in diesem Bereich Schwerpunkte – zu nennen ist der Energiefonds. Zum anderen sind verschiedene übergeordnete Vorgaben etwa von Bund oder Kanton oftmals verpflichtend und führen zu konkreten Ergebnissen. Zu nennen ist die Pflicht, beispielsweise Neubauten der Stadt im Minergie-Standard zu realisieren. Gleichwohl: Die Behörde hat sich in den vergangenen Legislaturen verstärkt mit Themen befasst, welche früher eine geringere Bedeutung genossen haben.

Vielleicht muss sich der Stadtrat aber ankreiden lassen, zu wenig auf eigene Anstrengungen und Erfolge hinzuweisen. Die Tatsache etwa, dass Weinfelden im Minergie-Rating des gleichnamigen Trägervereins den ersten Rang aller Kategorien erreichte und sich gewissermassen Minergie-Schweizermeister nennen darf, fand zwar noch mediale Aufmerksamkeit, wird aber auch von den Interpellanten nicht erwähnt. Dass dieser Erfolg, nebst der Bereitschaft vieler privater und öffentlicher Bauherren, auch ein Ergebnis der langjährigen Weinfelder Praxis ist, in Gestaltungsplänen den Minergie-Standard zu verlangen, wird kaum wahrgenommen. Dass Bauland-Flächen in Einfang-Quartier (3. Etappe) mit der Verpflichtung veräussert wurden, den Minergie-Standard zu realisieren, sei hier ebenfalls erwähnt. Ebenso ist auf das Fernwärmenetz hinzuweisen, welches die Technische Betriebe Weinfelden AG (TBW AG) im Industriegebiet im Westen mit Abwärme aus der ARA betreibt.

Sodann kann der Stadtrat dem aktuellen Trend, möglichst jede Massnahme in eingesparter CO₂-Emission zu quantifizieren, wenig abgewinnen. Auf Ebene Bund und Kanton mag dies Sinn machen. Auf kommunaler Ebene hingegen, wo kaum verpflichtend Massnahmen gegenüber dem Gebäudeeigentümer, der Industrie oder dem Motorfahrzeuglenker durchgesetzt werden können, erachtet der Stadtrat die Umsetzung konkreter Massnahmen im eigenen Handlungsbereich, das Vorleben der Vorbildfunktion sowie die Information und die Sensibilisierung der Bevölkerung als prioritär.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass in den Zielen des Stadtrates für die Legislatur 2019 – 2023 im Abschnitt Energie folgende Massnahme festgehalten ist: «Basierend auf dem revidierten Energierichtplan sowie auf der Energiestrategie 2050 des Bundes wird die Energiestrategie überarbeitet.» Es kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Energiekommission angewiesen wird, nicht nur den Inhalt der Strategie zu überarbeiten, sondern auch den Titel zu prüfen und gegebenenfalls zu erweitern.

Fragebeantwortung

1. Wie ist die Haltung des Stadtrates zum Paris-Abkommen, das Netto-Null-Treibhausgas-Emissionen per 2050 verlangt bzw. eine maximale Erderwärmung von 1.5° zum Ziel hat?

Der Entwurf des Energierichtplans enthält folgenden Planungsgrundsatz:

«Die Stadt Weinfelden orientiert sich an den Planungsempfehlungen und –werkzeugen des Bundesamts für Energie, beziehungsweise von EnergieSchweiz für Gemeinden sowie künftig des Bundesamts für Umwelt, welche im Einklang mit der Energiestrategie 2050 und den Zielen gemäss dem UN-Klimaabkommen von Paris (2015) sind.» Dieser Grundsatz darf als Bekenntnis des Stadtrates auch zum Paris-Abkommen verstanden werden.

2. Wie ist die Haltung des Stadtrates zur Forderung der Klimastreikbewegung und auch des Gemeinderates der Stadt Zürich, von Netto-Null-Treibhausgas-Emissionen per 2030? Sind das auch Ziele für Weinfelden?

Könnte dieses Ziel – das Erreichen von Netto Null per 2030 – erreicht werden, wäre dies auf jeden Fall zu begrüssen. Es ist unschwer zu erkennen, dass das frühere Erreichen ambitionierter Ziele grosse Beiträge zum Klimaschutz leisten könnte. Der Stadtrat nimmt sich nicht aus der Verantwortung, wenn er hier festhält, dass die Beiträge, welche Weinfelden leisten kann, im Vergleich zu Zürich bescheiden sind. Er will sich aber nicht darauf fixieren, sondern am Energierichtplan orientieren. Dieser wurde 2019 ausgearbeitet. Bis Ende Januar 2020 dauerte die öffentliche Vernehmlassung, welche lediglich drei Rückmeldungen (Stand 31. Januar 2020) auslöste. Noch ausstehend ist das Ergebnis der Vorprüfung durch den Kanton. Weder diesem Ergebnis noch der Beantwortung der Einwendungen soll hier vorgegriffen werden. Aber es kann festgehalten werden, dass es weder sinnvoll noch zweckmässig ist, von Zielen, welche im Energierichtplan definiert sind, abzuweichen und separate, im Widerspruch zum Richtplan-Entwurf stehende Ziele festzulegen, noch ehe der Energierichtplan genehmigt ist.

3. Wie sind die Ziele und der geplante Absenkpfad aus dem neuen Energierichtplan und ist der Stadtrat der Meinung, dass diese ausreichen, um dem Paris-Abkommen zu genügen?

Einleitend ist festzuhalten, dass Richtplankarte und –text die verbindlichen Teile des Energierichtplans bilden. Der Planungsbericht, welcher Absenk- und Zielpfade enthält, ist erläuternder Natur. Weiter ist darauf hinzuweisen, dass das Pariser Klimaabkommen in den Planungsgrundsätzen des Richtplan-Entwurfs explizit genannt ist.

Sodann ist zu betonen, dass es sich bei all diesen Dokumenten um Entwürfe handelt. Diese wurden publiziert. Wie erwähnt, konnte im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung dazu Stellung genommen werden. Vorliegend wird deshalb nicht auf Ziele und Absenkpfade gemäss diesem Entwurf eingegangen; sie dürfen nun als bekannt vorausgesetzt werden.

Ob sie sodann geeignet sind, dem Paris-Abkommen zu genügen, ist nicht sicher. Einerseits ist der Stadtrat der Ansicht, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist. Andererseits sind nicht nur bezüglich CO₂-Emissionen zahlreiche Faktoren zu nennen, welche der Stadtrat nicht oder nur ungenügend beeinflussen kann: Im Bereich Verkehr hat der Stadtrat keinen Einfluss auf den Kaufentscheid eines Fahrzeuglenkers. Im Bereich elektrische Energie kann kein Grossverbraucher gezwungen werden, CO₂-frei produzierten Strom zu kaufen. Im Bereich Gebäudewärme liegt es nicht in der Kompetenz des Stadtrates, beispielsweise Holzheizungen und Erdwärmennutzungen vorzuschreiben oder Ölheizungen zu verbieten. Auch kann der Stadtrat nicht anordnen, dass vorhandenes Biogas/Biomasse nachhaltiger oder sinnvoller genutzt werden muss. Ziele sollten umsetzbar sein.

Hingegen sind im Entwurf des Energierichtplans Prioritäten festgelegt. Damit und mit der planlich aufgezeigten Erweiterung bestehender resp. Schaffung neuer Fernwärme-Versorgungsgebiete werden Entwicklungen aufgezeigt und, wie das Beispiel Güttingersreuti zeigt, teilweise auch angeschoben, welche in die richtige Richtung gehen.

4. Kann sich der Stadtrat vorstellen, in der Gemeindeordnung einen «Klima-Artikel» einzufügen und so den Bestrebungen gegen den Klimawandel mehr Nachdruck zu verleihen?

Das Thurgauer Gesetz über die Gemeinden (GemG) bildet Grundlage für die Gemeindeordnung. In Weinfelden gilt seit 1. Juni 2019 die «Gemeindeordnung der Stadt Weinfelden» vom 23. September 2018. Einerseits gebietet das noch junge Alter der Gemeindeordnung eine gewisse Zurückhaltung bezüglich Revision. Andererseits wäre eine Revision den Stimmberechtigten zum Entscheid zu unterbreiten. Aus rein ökonomischen Überlegungen bestehen Vorbehalte gegenüber einer Revision, welche auf das Einfügen eines neuen Artikels beschränkt wäre. Es stellt sich die Frage, ob Aufwand und Mittel für eine solche Revision mitsamt Urnenabstimmung nicht anderweitig sinnvoller und nützlicher investiert werden können. Eine entsprechende Revision wird nicht unterstützt.

5. Was hat der Stadtrat seit dem Dezember 2015 zur Umsetzung des Paris-Abkommens unternommen?

Einen konkreten Schritt sieht der Stadtrat primär in der aktuell laufenden Revision des Energierichtplans, an welchem mit Martin Müller auch einer der Interpellanten beteiligt war. Diese Revision ist noch nicht abgeschlossen. Die Wirkung, welche diese Revision entfalten wird, wird eher mittel- als kurzfristig sein. In diesem Richtplan ist durchaus ein Paradigmenwechsel zu erkennen: Stand die Versorgung des Stadtgebietes mit Erdgas als leitungsgebundenem Energieträger bisher kaum zur Diskussion, wird nun mit dem neuen Energierichtplan ein Richtungswechsel vorgenommen: Abwärme-/Fernwärmenetze sind neu auch dort ein Thema, wo Gasanschlüsse bestehen. Auch wenn kein Rückzug der Gasversorgung definiert ist, stellt der neue Energierichtplan doch punktuell einen solchen Schritt dar.

Weiter trägt der Stadtrat mit verschiedenen Entscheiden und Massnahmen dazu bei, dass die durch die Stadt selber verursachten CO₂-Emissionen reduziert werden und der Stromverbrauch gesenkt wird. Beispielhaft zu nennen sind:

- der Einkauf von Biogas, mit welchem das Heizgas der städtischen Liegenschaften veredelt wird (2018 und 2019 10 %, ab 2020 30 %) und die CO₂-Emissionen reduziert werden;
- der Einkauf von erneuerbar produziertem Strom für die Gebäude und Anlagen der Stadt;
- der Ersatz von Fahrzeugen der Stadt durch umweltfreundlichere Modelle oder der Verzicht auf den Ersatz von Fahrzeugen, wenn dies möglich ist.

Darüber hinaus stellt die Stadt bekanntlich Dächer ihrer Liegenschaften für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Auf dem Feuerwehrdepot West, der Eishalle Güttingersreuti, dem Entsorgungshof, dem Sicherheitszentrum, dem Bauamts-Werkhof und der Stadtgärtnerei betreiben Dritte PV-Anlagen und produzieren umweltfreundlichen Solarstrom. Ausserdem investieren die Technische Betriebe Weinfelden AG insgesamt 2 Millionen Franken in den Bau von Photovoltaikanlagen.

Letztlich kann auch informiert werden, dass verschiedene Massnahmen dazu geführt haben, dass der gemäss Technische Betriebe Weinfelden AG (TBW AG) bezogene Strom der Stadt von rund 2,25 MWh im Jahr 2017 auf 2,17 MWh im Jahr 2019 sank. Dies entspricht einer Abnahme von gut 3.5 % in 2 Jahren, wobei die jährlichen Verbräuche durch äussere Einflüsse stark schwanken. Im Stromverbrauch enthalten sind auch die Verbräuche für die öffentliche Beleuchtung in Weinfelden. Jene Zeitlinie zeigt, dass der Verbrauch, trotz deutlicher Erhöhung der Anzahl Leuchten, von rund 750'000 kWh im 2010 auf gut 630'000 kWh im 2018 reduziert werden konnte – eine Abnahme von 16 % in 9 Jahren. Dies ist begründet mit dem sukzessiven Ersatz der öffentlichen Beleuchtung durch LED-Leuchten.

6. Gibt es eine koordinierte Strategie für die schnelle Abkehr von fossilen Energieträgern (inkl. Erdgas) im Gebäudebereich (Erstellung und Betrieb)?

Nein. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Frage auf die Gebäude im Eigentum der Stadt bezieht. Dazu können folgende Ausführungen gemacht werden:

Die Energie-Strategie der Gemeinde Weinfelden von 2015 umfasst einleitend Grundsätze. An erster Stelle ist folgende Aussage erwähnt: «Die Gemeinde senkt ihre eigenen Verbräuche durch nachhaltige Sanierungen, Optimierungen und Sensibilisierung des Personals und der Benutzer.»

Anschliessend sind Massnahmen, gegliedert in vier Hauptbereiche, aufgeführt. Einer der Hauptbereiche steht unter dem Titel «Gebäude und Anlagen». Darin sind Massnahmen für bestehende Gebäude, bestehende Anlagen, die öffentliche Beleuchtung und für Neubauten aufgeführt. Nebst der Strategie und den Massnahmen sind weitere Randbedingungen zu beachten. So schreibt das Energienutzungsgesetz des Kantons vor, dass beispielsweise Neubauten im Minergie-Standard zu realisieren sind. An diese Randbedingungen hält sich der Stadtrat im Grundsatz, wenn es um den Bau neuer oder die Sanierung bestehender Bauten der Stadt geht.

In gewissem Umfang erlaubt schliesslich die Energiebuchhaltung, welche für die Bauten der Stadt geführt wird, eine Erfolgskontrolle. Folgende Zahlen belegen, dass die Entwicklung zumindest in die richtige Richtung verläuft:

CO₂-Emissionen der städtischen Gebäude pro m² Energiebezugsfläche:

2013: 28.9 kg 2018: 16 kg

Mit der weiteren Erhöhung des Biogasanteils im Heizgas ab 2020 wird diese Entwicklung fortgeführt.

7. Mit welchen Massnahmen gedenkt der Stadtrat im Bereich der Mobilität die Ziele des Paris-Abkommens zu unterstützen?

Der Text des Klimaübereinkommens von Paris ist in der Sammlung des Bundesrechtes unter der Nummer 0.814.012 publiziert. In diesem Text sind die Begriffe Mobilität oder Verkehr nicht zu finden. Die Frage wird deshalb so verstanden, dass sie darauf zielt, mit welchen Massnahmen der Stadtrat zu einer Senkung der CO₂-Emissionen im Bereich Mobilität beitragen kann. Dazu kann folgendes festgehalten werden:

Dem Stadtrat ist bewusst, dass die Mobilität einen erheblichen Anteil der CO₂-Emissionen ausmacht. Entsprechend erfreulich ist die Tatsache, dass der Thurgau mit einem Anteil von 7.3 % Elektrofahrzeugen an den neu zugelassenen Personenwagen schweizweit mit grossem Abstand an erster Stelle liegt. Ursache dafür dürfte die finanzielle Förderung des Kantons sein. Die Wirkung dieser Entwicklung war ebenfalls der Presse zu entnehmen: Die CO₂-Emissionen der Neuzulassungen sind damit geringer als in jedem anderen Kanton.

Für viele Personen, welche vor dem Entscheid stehen, ein neues Fahrzeug anzuschaffen, dürfte sich die Frage stellen, wie es um die Ladeinfrastruktur steht. Hier sieht der Stadtrat Handlungsmöglichkeiten – und zwar in zweierlei Beziehung: Einerseits liegt ein Merkblatt im Entwurf vor, welches Bauherren zu einem möglichst frühen Zeitpunkt auf das Thema Ladeinfrastruktur in Neu- und ggf. Umbauten aufmerksam machen will. Zudem ist in aktuellen Gestaltungsplan-Entwürfen auch die Forderung eingebracht worden, bestimmte Anteile der zu erstellenden Pflichtparkplätze mit Lademöglichkeiten auszustatten und/oder die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Andererseits steht der Stadtrat in Verhandlungen mit einem Ersteller/Betreiber von E-Ladesäulen. Ziel ist es, auf öffentlichem Grund an geeigneten Orten entsprechende Installationen vornehmen zu lassen. Ein Standort (zwei öffentliche Parkplätze / optional künftige Vergrösserung um mindestens zwei weitere Plätze denkbar) ist gesichert. Ein weiterer (ebenfalls zwei plus zwei öffentliche Parkplätze) bildet Gegenstand aktueller Gespräche. Mit der Sensibilisierung, teilweise der Verpflichtung von Bauherrschaften einerseits und mit dem Anbieten öffentlichen Grundes für Lade-Installationen andererseits wird die Akzeptanz der Elektro-Mobilität gefördert.

Auch die Umsetzung des Langsamverkehrs-Konzeptes trägt dazu bei, Lücken in diesem Netz zu schliessen, Schwachstellen zu eliminieren, die Sicherheit zu erhöhen und insgesamt die Attraktivität dieser Infrastruktur zu fördern.

Zu nennen ist schliesslich das finanzielle Engagement der Stadt im öffentlichen Verkehr. Das ÖV-Angebot wurde in den letzten Jahren stetig verbessert. Dies hat seinen Preis, trägt aber sicherlich auch dazu bei,

verkehrsbedingte CO₂-Emissionen wenn nicht zu reduzieren, dann wenigstens nicht weiter ansteigen zu lassen.

8. Ist der Stadtrat bereit, den Stand der energie- und klimapolitischen Fortschritte in Weinfelden zukünftig im Geschäftsbericht zu publizieren? Und die Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen zu informieren, sowie über die Massnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Im Geschäftsbericht finden sich seit Jahren Aussagen über die Aktivitäten der Energiekommission, über die jeweiligen Energiestadt-Audit-Ergebnisse oder über die Tätigkeit der Energieberatungsstelle. Wenn hingegen erwartet wird, dass der Stadtrat Ergebnisse über konkrete CO₂-Einsparungen publiziert, dann lautet die Antwort nein. Diese Ergebnisse wurden bisher nicht berechnet, weil die nötigen Grundlagen erst erarbeitet und die Ergebnisse berechnet werden müssten. Hierfür fehlen sowohl Ressourcen als auch Fachwissen.

Die Aufgabe, die Bevölkerung über Nachhaltigkeitsthemen zu informieren, wird vielschichtig erfüllt: Einerseits ist die Energiestadt Weinfelden seit Jahren an der WEGA präsent und versucht dort, mit alltäglichen Themen die Messebesucherinnen und -besucher zu erreichen. Eher technischer sind die Themen, welche die Energiestadt an den inhaus-Messeauftritten besetzt. Im 2020 wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton das neue Programm «erneuerbarheizen.ch» von energieschweiz präsentiert. Über diese Kanäle, aber auch über die TBW-Kundenzeitschrift «Contact» wird die Bevölkerung informiert, sensibilisiert und zur Leistung eigener Beiträge animiert.»

3.2 Stellungnahme der Interpellanten

Der Vertreter der Interpellanten, Reto Frei (GP), gibt folgende Erklärung ab:

Reto Frei (GP): *Vielen Dank für die umfangreiche Beantwortung. Für uns bleiben noch Fragen offen. Ich beantrage deshalb Diskussion und bitte sie um Zustimmung.*

Abstimmung:

Der Antrag um Diskussion wird mit 23:2 Stimmen angenommen.

3.3 Diskussion

Reto Frei (GP): *Schön, dass diskutiert werden kann. Die Antwort des Stadtrats zur Interpellation ist zwar ausführlich. Aber inhaltlich ist sie für mich nicht sehr aussagekräftig. In den Vorbemerkungen wird mitgeteilt, dass die bestehende Energiestrategie überarbeitet werden soll, von der Energiekommission. Meine Meinung dazu konnten sie in der Zeitung lesen. Jede andere Gemeinde schätzt es, wenn in einer Energiekommission Fachleute, Bürger, die Schule, das Gewerbe und Umweltverbände mitdenken. Wieso das in Weinfelden nicht stattfindet, ist mir ein Rätsel. Es wird begrüsst, dass die Energiestrategie überarbeitet wird. Die bisherige mit einer A4 Seite ist doch sehr dürftig. Eigentlich gibt es aber auch schon eine sehr gute Grundlage. Das Papier Gesamtenergieversorgungskonzept, das im Rahmen der Überarbeitung des Energierichtplans entstand. Es gibt darin sehr viele Aussagen. Es ist ein sehr zentrales Arbeitspapier. Es enthält die Erfassung aller Energieverbräuche und es zeigt das nutzbare Potential auf. Die Ziele sind definiert, ein Absenkungspfad ebenfalls und auch das Controlling ist enthalten. So ein Konzept wird deshalb auch vom Kanton mit maximal 30'000 Franken aus dem Förderprogramm unterstützt. Wieviel Weinfelden bekommen hat, ist mir nicht bekannt. Warum werden diese Grundlagen in der Beantwortung zu Frage 3 verneint? Warum sollen die CO₂-Einsparungen nicht gemessen und kommuniziert werden? Die Aussage, dass keine Grundlagen vorhanden sind, ist also nicht korrekt. Das nötige Fachwissen ist sogar in der Energiekommission bei Martin Müller vorhanden. Wichtig ist, da hat es doch einen schönen Batzen Steuergelder in diesem Bericht und nun wird dieser ja gar nicht genutzt und totgeschwiegen.*

Im Gegenzug wird mehrmals auf den Energierichtplan verwiesen. Dieser ist auch mehrheitlich gut geworden, was wir in unserer Stellungnahme auch zurückgemeldet haben. Allerdings sagt der Energierichtplan nur, wo welche Wärme genutzt werden soll und das auf einer behördenverbindlichen Basis. In Punkt 2.1 wird

erwähnt, dass die langfristige Vision 2000 Watt Gesellschaft kein erklärtes Ziel des Stadtrats Weinfelden sei. Relevant sei einzig das Ziel Zertifizierung als Energiestadt Gold. Weinfelden unterstützt somit die Ziele 2000 Watt Gesellschaft und die CO2 Ziele nicht. Ich verstehe das nicht. Das ist in der heutigen Zeit beschämend. Und einer Energiestadt Gold unwürdig. Ich erlaube mir das zu sagen, denn ich bin auch Energiestadtberater und betreue gegen 20 Gemeinden, auch Goldstädte, im Energiestadtprozess.

In der Schweiz gibt es momentan 54 Gemeinden mit Gold Auszeichnung. Ich kenne keine, die nicht die Ziele betreffend Treibhausgasemissionen der 2000 Watt Gesellschaft verfolgt oder im Leitbild verankert hat. Es gibt noch mehr offene Punkte, wie die Antwort auf die Frage, ob es eine Strategie gibt, möglichst schnell von fossilen Energieträgern im Gebäudebereich wegzukommen. Darauf wurde einfach mit Nein geantwortet. Dafür wurde auf die kommunalen Gebäude Bezug genommen, was gar nicht die Frage war. Ich fasse zusammen: Mir fehlen ein Leitbild und ein Statement zu Energie und Klima. Eine Strategie mit messbaren Zielen und der vorgesehenen Überprüfung dieser Ziele.

Das erklärte energiepolitische Ziel, beim kommenden Re-Audit im Frühling / Sommer, mit Goldauszeichnung zu bestehen, unterstütze ich. Nicht aber dieses halbherzige Vorgehen in der Klimafrage.

Regierungsrat Walter Schönholzer wurde in der Thurgauerzeitung vom 28. Februar 2020 wie folgt zitiert: «Die Entwicklung des Klimas ruft nach Veränderung. Da werde ich nicht lockerlassen, auch wenn ich nicht das Grün im Parteinamen trage. Das ist das Thema unserer Generation. Jene die sich an den politischen Schalthebeln befinden – egal welche Partei – sind aufgefordert zu handeln. Und ich will handeln.» Ich auch und fordere den Stadtrat auf, mehr zu machen. Danke.

Beat Brüllmann (FDP): Ich kann zur Thematik keinen tiefen Beitrag leisten. Nur so viel: Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Die Antwort des Stadtrats hat unserer Fraktion sehr gut gefallen. Die Begrifflichkeiten sind nicht so einfach. Die Stadt verfolgt die Strategie der vielen kleinen konkreten Schritte. Die Orientierung erfolgt am Energierichtplan. Es gefällt uns, dass Anreize geschaffen werden sollen und nicht Vorschriften. Der Stadtrat hat auch gemerkt, dass er mehr darüber berichten sollte, was alles gemacht wird. Dies soll in einem guten Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag erfolgen.

Stefan Wolfer (SVP): Das Thema Energie und Klima ist aufgrund des Coronavirus aktuell medial nicht mehr in aller Munde, nichtsdestotrotz aber ein sehr wichtiges Thema, weshalb wir uns einer Diskussion auch nicht verschliessen möchten. Ich möchte mich im Namen der Fraktion SVPIEDU für die ausführliche Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat herzlich bedanken. Der Stadtrat hat in seiner Beantwortung bereits zahlreiche Massnahmen, welche zur Energiereduktion beitragen, erläutert. Zu dieser Aufzählung kommen sogar noch weitere Massnahmen dazu. So haben wir im Budget 2020 einen Betrag von mehreren Tausend Franken gesprochen, damit in der Eishalle ein Energiespar-Contracting durchgeführt werden kann. Dank diesem sollen die Energieverbräuche in der Eishalle überprüft und Optimierungspotential aufgezeigt werden. Die sanierte Rettungsdienst-Basis und das neue Sicherheitszentrum werden nicht mit Gas beheizt. Sie sind an ein bestehendes Fernwärmenetz angeschlossen worden, welches mit Holz betrieben wird. Auch der Lidl-Neubau wurde an das bestehende Abwärmenetz im Westen angeschlossen. Auch dies eine weitere Massnahme, welche noch nicht genannt wurde. Auch das Parlament setzt sich, wo sinnvoll, für Nachhaltigkeit ein. So haben wir an der letzten Sitzung bei der Abstimmung zur Sanierung der Güttingersreuti Sporthalle einen Zusatzkredit für den Ersatz der Fenster bewilligt. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass sich der Stadtrat wo immer möglich und sinnvoll ausreichend für eine energie- und klimafreundliche Option einsetzt. Der Stadtrat macht keine grossen Versprechen, stattdessen geht er mit kleinen Schritten stetig voran. Dass nicht jede Massnahme grossspurig kommuniziert wird, muss sich der Stadtrat wohl ankreiden lassen. Wir begrüssen das Engagement vom Stadtrat im Energie- und Klimabereich und wünschen uns, dass dies auch in Zukunft so umsichtig weitergeführt wird. Ganz nach dem Motto: «lieber liefere, statt lafere»! Aber wie eingangs erwähnt stehen momentan nicht mehr die Energie- und Umweltthemen an vorderster Stelle in der Dringlichkeit. Grosse Sorgen machen jetzt vor allem der Coronavirus und was dabei alles in Mitleidenschaft gezogen wird. Wir wünschen uns, dass auch hier der Stadtrat und das Parlament so engagiert mithelfen wie möglich, um Probleme abzufedern. Um zu helfen, dass nicht allzu viele Arbeitsplätze vernichtet werden. Um die Umweltziele zu erfüllen und zu bezahlen benötigen wir zuerst eine gut funktionierende Wirtschaft.

Samuel Curau (JA): Die ehrliche Antwort des Stadtrats mit der Einräumung/Zusage, dass er in diesem Bereich nicht immer von sich aus aktiv wurde, freut mich sehr. Daraus lernen, klar Stellung zu nehmen und sich nicht

hinter Formulierungen und Zuständigkeiten zu verstecken, das hat sich meiner Ansicht nach in den letzten Jahren positiv verändert. Ich wünsche mir zwei Dinge. 1. Tue Gutes und sprich darüber. Die Stadt hat Anstrengungen unternommen, kommt vorwärts, hat interne Ziele, aber wie in der Beantwortung gesagt, wurde darauf zu wenig hingewiesen. Ich vermute hier einen Zusammenhang mit den zum Teil zahnlosen und unmessbaren Zielen, die vom Stadtrat über Jahre kommuniziert worden sind. Man möchte keinen Erfolgsdruck und möglichst wenig Controlling haben. Die aktuellen Legislaturziele gehen in eine gute Richtung und der Bericht über die letzte Legislatur auch. Ich wünsche mir vom Stadtrat mehr Mut, mehr Eigeninitiative und mehr Visionen. Natürlich wird man dann angreifbar, kann mal etwas nicht erreichen oder vorweisen, aber ohne diese Visionen bleibt man stehen und verwaltet nur. 2. Alle Orte sind mit diesen Herausforderungen konfrontiert und es wäre wünschenswert, wenn der Austausch mit den Thurgauer Städten gerade in diesem Bereich intensiviert würde. Auch hier ist es dann aber absolut notwendig darüber zu berichten und offen zu kommunizieren. Tue Gutes und sprich darüber.

Stadtrat Thomas Bornhauser: Für die positiven Würdigungen der Interpellationsantwort bedanke ich mich. Die negative Würdigung nehme ich zur Kenntnis. Reto Frei wirft der Stadt in der Thurgauer Zeitung vor, dass sie keine eigenen Anstrengungen unternimmt. Da liegt er falsch. Man wird nicht Goldstadt, wenn man die Kriterien nicht erfüllt. Das müsste er wissen, betreut er doch 8 Energiestädte im Thurgau. Im Thurgau gibt es 18 Energiestädte wovon Frauenfeld die einzige Goldstadt ist. In diesem Jahr gibt es eine 2. Goldstadt: Weinfelden. Reto Frei wirft uns vor, dass wir uns mit fremden Federn schmücken. Es ist tatsächlich so, denn überall dort, wo die Technischen Betriebe Weinfelden betroffen sind, werden mindestens 90 % der Punkte erreicht. Auch Martin Belz macht eine hervorragende Arbeit, dies hat mir unser Energiestadtberater gestern bestätigt. Überhaupt vertritt er dezidiert die Meinung, und er betreut noch 12 weitere Energiestädte, dass Weinfelden vorbildlich ist. Luft nach oben hat man immer und im energiepolitischen Programm 2020-2023 werden weitere Verbesserungen auch angestrebt. Es werden Ziele gesetzt, welche auf realistische Weise auch erreicht werden können. Berater gibt es genug, welche Ziele setzen, die völlig unrealistisch sind. Das brauchen wir nicht. Ob man jede erfüllte Massnahme auch immer gleich öffentlich machen muss, bezweifle ich. Untere Devise lautet «liefere statt lavere».

Reto Frei (GP): Es geht mir nicht darum, dass nichts gemacht wird, das habe ich nicht gesagt. Energiestadt gold heisst auch, ein Statement abgeben. Ins Leitbild gehört ein Statement gegen den Klimawandel.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Damit ist das Geschäft erledigt.

4 Verschiedenes

4.1 Eingänge

- Einfache Anfrage von Claudia Votta (SP) zum Thema «Familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Weinfelden»
- Interpellation der FDP Fraktion zum Thema «Weiterentwicklung öffentlicher Verkehr in Weinfelden»

4.2 Mündliche Anfrage «Stand und Planung Erschliessung Gütti / Vivala an Wärmenetz KVA»

Frei Reto (GP): Die Massnahme 2d im Energierichtplan beinhaltet die Erschliessung Gütti und Vivala ans Wärmenetz KVA. Auf meine Nachfrage bei der Stiftung Vivala wurde mir mitgeteilt, dass sie der Stadt, beziehungsweise der TBW AG, eine mündliche Zusage machten, anzuschliessen, sollte diese Zuleitung gebaut werden. Wann entscheidet die Stadt und / oder die TBW über den Bau dieses Teilstücks der Fernwärmeleitung? Nach welchen Kriterien wird entschieden? Mir ist bewusst, dass solche Vorinvestitionen kosten. Energie- und klimapolitisch muss sich Weinfelden diesen Ausbau leisten. Bei einem Nein, wie würde das begründet?

Stadtrat Thomas Bornhauser: *Reto Frei stellt Fragen zum Entwurf des Energierichtplans welcher zur Vorprüfung beim Kanton und daher nicht in Kraft ist. Es stimmt, dass in der Massnahme 2d im Gebiet Güttingersreuti und Vivala ein Wärmenetz vorgesehen ist. Voraussetzung, dass das Wärmenetz mit KVA Abwärme erstellt wird, ist ein positives Ergebnis der Massnahme 2a Masterplan Wärmeverbund KVA. Über die Verwendung der noch verfügbaren Energie wurden von der KVA bereits mehrere Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben. Sämtliche Projekte scheiterten an der Wirtschaftlichkeit. Aufgrund dessen, dass bei der Stiftung Vivala und der Sporthalle der Stadt ein Heizungersatz ansteht, wird von der TBW zusammen mit der KVA geprüft, ob ein Wärmenetz mit Abwärme von der KVA möglich ist. Dies wird gemacht, obwohl der Energierichtplan noch nicht in Kraft ist. Der Richtplan ist behördenverbindlich und könnte ohne Mitwirkung der Eigentümer nur in einem Gebiet mit Gestaltungsplanpflicht durchgesetzt werden. Das in der Massnahme 2d erwähnte Neubaugebiet wurde bei der Ortsplanrevision vom Kanton nicht bewilligt. Dies dürfte die Machbarkeit erschweren. Sämtliche Beteiligte sind selbständige Firmen und handeln demzufolge selbständig ohne Mitwirkung der Stadt. Einmal mehr ist die Unterstützung der TBW in diesem Anliegen der Stadt vorbildlich und nur möglich, da sie als Aktiengesellschaft rasch auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann. Es sind Studien eingetroffen. Die Preisspanne ist sehr hoch. Der Preis ist noch nicht bekannt. Ich bin aber zuversichtlich, dass es klappen kann.*

4.3 Mündliche Anfrage «Sanierung Parkplatz Thurgauerhof»

Martin Brenner (FDP): *Im Budget 2020 sind in der Investitionsrechnung 340'000 Franken budgetiert für die Sanierung des Parkplatzes Thurgauerhof. Diese Position entspricht einem Übertrag aus dem Bauprogramm 2019. Die Ausführung soll demnächst erfolgen und soweit ich informiert bin, nur die Fläche des bestehenden Parkplatzes betreffen. Da die Vorlage entgegen meiner Annahme dem Stadtparlament nicht vorgelegt wird, habe ich dazu folgende Fragen: Inwieweit wird bei der Sanierung des Parkplatzes, das Trottoir und die Strasse im Bereich der Kreuzung Felsenstrasse / Thomas-Bornhauser-Strasse, tangiert? Wurde die im Rahmen des Konzepts Langsamverkehr erkannte Schwachstelle an der angesprochenen Kreuzung in die Planung miteinbezogen? Inwieweit schränkt die vorgesehene Sanierung des Parkplatzes mögliche Massnahmen zur Anpassung der schwierigen Kreuzungssituation ein, wie dies im Konzept Langsamverkehr vorgeschlagen wird, mit einer Umgestaltung der Felsenstrasse oder einer Anpassung des Strassenraums?*

Stadtrat Daniel Engeli: *Vielen Dank für die mündliche Anfrage und das aktive Mitdenken im Sinne des Langsam-Verkehrs in Weinfelden. Der bestehende Strassenraum ist nicht betroffen. Im Bereich des Trottoirs sind keine baulichen Anpassungen vorgesehen. Es kann natürlich sein, dass es während der Sanierung gewisse kleinere Anpassungsarbeiten geben kann. Der Perimeter des Thurgauerhof-Parkplatzes ist knapp bemessen. Die Parkplätze befinden sich auf der Fläche im Eigentum der Stadt Weinfelden. Die Zufahrten sind auf privatem Eigentum. Für einen funktionierenden Parkplatz mit ausreichenden Parkfeldern sind wir auf den ganzen Perimeter angewiesen. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit an der Kreuzung wird die bestehende Verteilkabine entfernt. Der Parkplatzperimeter befindet sich exakt entlang des Strassenraumes. Eine mögliche Aufweitung des Strassenraum zugunsten der Kreuzung soll nicht zuungunsten des Parkplatzes erfolgen. Wenn doch, ist diese im Rahmen der dann anfallenden Kosten an dieser Kreuzung vertretbar. Prüfen werden wir aber zuerst Massnahmen, die keine Aufweitung des Strassenraumes auf den Parkplatz erfordern. Ich habe die Statistik der Unfälle an dieser Kreuzung betrachtet. In den letzten 9 Jahren kam es zu 3 Unfällen mit Leichtverletzten. Wir haben Schwachstellen in Weinfelden, denen wir aktuell mehr Aufmerksamkeit schenken. Für die Anregung in dieser Anfrage sind wir dankbar.*

4.4 Informationen Coronavirus

Präsidentin: *Ich bitte Stadtrat Hans Eschenmoser uns zum Thema Coronavirus nähere Informationen zukommen zu lassen.*

Stadtrat Hans Eschenmoser: *Grundsätzlich ist für das Gesundheitswesen der Kanton, respektive der Bund zuständig. Die Weisungen und Empfehlungen werden von diesen Stellen herausgegeben und ich empfehle, diese bestmöglich anzuwenden. Aktuell sind im Kanton Thurgau 6 bestätigte Fälle zu verzeichnen und rund 100 – 150 Verdachtsfälle, welche abgeklärt werden. Was läuft bei uns in Weinfelden: Die Verwaltung wie auch alle unsere Betriebe laufen weiter und es werden die empfohlenen Vorsichtsmassnahmen respektive*

die Verhaltensempfehlungen angewandt. Die Feuerwehr führt sämtliche Übungen, welche zur Erfüllung der Kernaufgaben dienen, durch. Alle anderen Termine werden laufend überprüft, so ist z.B. die heutige Stabsübergabe vom alten zum neuen Kommandanten abgesagt worden. An Übungen und Einsätzen dürfen nur gesunde und nicht der Risikogruppe angehörnde AdF teilnehmen. Der Kantonale Führungsstab, KFS, ist in engem Kontakt mit dem SC RFS Beat Bollinger und dem Kdt ZS Silvan Frischknecht. Der ZS und RFS werden bezirksweise betrieben und da stellt die Stadt Weinfelden die personellen Ressourcen. Ich stehe diesen Organisationen vor. Wir drei SC RFS und Kdt ZS stehen seit 2 Wochen fast täglich in Kontakt um die jeweils neuen Situationen und Aufträge vom KFS zu beraten. So sind diverse Überlegungen und Vorkehrungen getroffen worden: Verfügbarkeiten des ZS Kaders und Stab RFS, Abklärung von möglichen Unterkünften, Transportmöglichkeiten, etc. So haben wir ab letzten Samstag 6 Quarantänefälle im Bezirk betreuen müssen. Zweimal täglich gibt es einen telefonischen Kontakt mit Abfrage des physischen Zustandes und der Körpertemperatur. Glücklicherweise haben sich alle Personen für die restlichen Bedürfnisse selber organisiert. Dieser Auftrag ging gestern aufgrund neuer Beurteilung durch den Kanton zu Ende. Seit heute hat der Zivilschutz einen neuen Auftrag gefasst: Die Auslieferung von Hygienemasken an ärztliche Grundversorger sowie die Auslieferung von Hygienemasken an Personen in Selbstisolation (laborbestätigte Fälle), aber von denen haben wir im Bezirk glücklicherweise keine. Und so sind wir, wie erwähnt, immer in Bereitschaft um bei neuen Gegebenheiten bereit zu sein. Zusammenfassend möchte ich sagen, dass für das Gesundheitswesen der Kanton und der Bund zuständig sind. Für persönliche Fragen ist eine Hotline eingerichtet oder über die Homepage können Informationen eingeholt werden. Auf Gemeindeebene arbeiten der RFS und ZS und führen die Aufträge des KFS aus. Für diese Aufgaben sind wir bereit und gerüstet. Nun wünsche ich uns allen viel Gesundheit.

4.5 Informationsabende für die Mitglieder des Stadtparlaments

Präsidentin: Wie bereits im Dezember angekündigt möchten wir für die Parlamentsmitglieder Informationsabende zu verschiedenen Themen anbieten. Die Themen sind: allgemeiner Parlamentsbetrieb, Gewaltenteilung / Finanzen / Bau und Planung. Das Schreiben mit den Terminen liegt auf. Je nach Entwicklung des Coronavirus werden wir sehen, ob wir die Informationsabende an den vorgesehenen Daten durchführen können.

4.6 Rücktritte aus dem Stadtparlament

Präsidentin: Mit der heutigen Sitzung müssen wir auch zwei langjährige Mitglieder des Parlaments verabschieden:

Susanna Brüscheweiler, EVP

Susanna Brüscheweiler ist seit 2009 Mitglied des Parlamentes. Sie hat 2014/2015 als Vizepräsidentin und 2015/2016 als Präsidentin des Parlamentes gewaltet. Zuletzt hat sie 2019 die Spezialkommission zur Verifizierung der im Konzept „Ortsbus“ ausgewiesenen Kosten und der Prüfung von preisgünstigeren Varianten / Alternativen präsiert. Zudem war sie Mitglied der folgenden Kommissionen: Sanierung Thurgauerhof, Fürsorgekommission und Geschäftsprüfungskommission. Wir danken dir Susanna ganz herzlich für deinen langjährigen und beharrlichen Einsatz im Parlament und damit zum Wohle der Gesellschaft. Wir wünschen dir für deine weitere Zukunft ohne die parlamentarische Arbeit weiterhin viele spannende Gespräche und Herausforderungen und natürlich alles Gute!

Samuel Curau, JA

Ebenfalls aus dem Parlament tritt aus: Samuel Curau, Jung und Aktiv. Samuel Curau ist seit 2012 Mitglied des Parlamentes. Er ist 2013 im Büro des Parlamentes aktiv gewesen. Seine politischen Engagements waren vielseitig – unter anderem in den Bereichen Energie, Mobilität und Stadtentwicklung. Er hat sich dafür eingesetzt, dass die Politik für junge Menschen attraktiv und fassbar ist. Wir danken auch dir Samuel ganz herzlich für deinen langjährigen und engagierten Einsatz im Parlament und damit zum Wohle der Gesellschaft. Wir wünschen auch dir für deine weitere Zukunft ohne die parlamentarische Arbeit weiterhin viele spannende Gespräche und Herausforderungen und natürlich alles Gute!

Die Nachfolge der beiden Zurückgetretenen sieht wie folgt aus:

Die bereits vom Stadtrat bestätigte Nachfolge für Susanna Brüscheiler an der nächsten Sitzung wird von der EVP durch Nina Beerli erfolgen. Für Samuel Curau wird aller Voraussicht nach Petra Merz ins Parlament nachrücken. Die formelle Bestätigung des Stadtrats erfolgt dazu an einer nächsten Sitzung.

Präsidentin: Am nächsten Sonntag stehen zum ersten Mal gemeinsam die Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrats und des Kantonsrats an – falls sie noch nicht gewählt haben – sie haben jetzt noch drei Tage Zeit. Packen sie ihre Chance, wählen sie und beteiligen sie sich somit an den Entscheidungen für unsere Gesellschaft. Jetzt wünsche ich allen Anwesenden viel Gesundheit und hoffe, dass wir den Coronavirus in den nächsten Tagen und Wochen in den Griff bekommen und damit wieder ein gewisser „Normalzustand“ in unserem Leben einkehren kann.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Die Präsidentin

Die Vizepräsidentin

Alexandra Beck

Claudia Bieg

Der Stimmenzähler

Der Stimmenzähler

Harald Jöhr

Markus Schönholzer

Der Stadtschreiber

Reto Marty

